

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Hauptgesichtspunkte des Entwurfes:

Der vorliegende Entwurf dient der Durchführung des im Aufwändersatzgesetz geregelten Verfahrens zur Erhöhung des Pauschalbetrages als Beitrag zur Abdeckung der Kosten von Interessenvertretungen in Verfahren vor den Arbeits- und Sozialgerichten.

Besonderer Teil

Zu § 1:

Gemäß § 1 Aufwändersatzgesetz gebührt einer gesetzlichen Interessenvertretung sowie einer freiwilligen kollektivvertragsfähigen Berufsvereinigung in Rechtsstreitigkeiten nach § 50 Abs. 1 ASGG gegenüber dem/der Gegner/in der/die von ihrem/ihrer Funktionär/in oder Arbeitnehmer/in vertretenen Partei der Zuspruch des pauschalierten Aufwändersatzes. Der zugrundeliegende Aufwand ist durch Verordnung mit Pauschalbeträgen festzusetzen. Obsiegt ein/e von einer Interessenvertretung der Arbeitnehmer/innen (zum Beispiel Kammer für Arbeiter und Angestellte) vertretene/r Arbeitnehmer/in in einem arbeitsrechtlichen Verfahren gegenüber seinem/ihrer Arbeitgeber/in, so gebührt der Interessenvertretung der Arbeitnehmer/innen gegenüber dem/der unterlegenen Arbeitgeber/in die durch diesen Entwurf festgelegte Pauschalgebühr. Dies gilt auch für von einer Arbeitgeber/in vertretenden obsiegende Interessenvertretung der Arbeitgeber/innen (zum Beispiel Wirtschaftskammer Österreich) gegenüber dem/der unterlegenen Arbeitnehmer/in.

Gemäß § 2 Aufwändersatzgesetz sind die Pauschalbeträge für den Aufwändersatz von gesetzlichen Interessenvertretungen und freiwilligen kollektivvertragsfähigen Berufsvereinigungen in Arbeitsrechtssachen jährlich mit 1. Jänner zu erhöhen.

Erhöhungsmaßstab dabei ist die Entwicklung des Tariflohnindex. Maßgebend ist der Zeitraum von einem Jahr bis zu dem 1. November, der dem 1. Jänner, an dem die Neufestsetzung wirksam werden soll, vorangeht.

Die angeführten Pauschalbeträge entsprechen der von der Statistik Austria bekannt gegebenen Erhöhung des Tariflohnindex. Die Erhöhung des Tariflohnindex 2006 betrug zwischen Oktober 2016 und Oktober 2017 1,57% (der Index lag im Oktober 2016 bei 127,4 im Oktober 2017 bei 129,4).

Gemäß § 2 letzter Satz Aufwändersatzgesetz ist weiters eine Aufrundung auf den nächsten vollen Fünf-Euro-Betrag vorzunehmen.

Entsprechend wurden daher die derzeit auf Grund der Verordnung BGBl. II Nr. 405/2016 geltenden Pauschalbeträge von

Euro 285 auf Euro 290 und von

Euro 485 auf Euro 495 erhöht.